

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:50 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix (bis 18.40 Uhr)  
Ratsfrau Elfriede Meyer  
Bürgermeisterin Lina Meyer  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

#### **CDU**

Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel  
Ratsherr Benedikt Rosenboom für Beigeordneten Helmut Bongartz

#### **FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Rolf Bolinius (bis 17.45 Uhr)

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsfrau Christine Schmidt

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Jürgen Dietrich (ab 17.40 Uhr)  
Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Anke Harbers  
Frau Elsa Hartwig  
Herr Klaas Hayenga  
Herr Dr. Friedhelm Voges

#### **Von der Verwaltung**

Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel  
Stadtamtfrau Elisabeth Szag, FD 550.1  
Amtsarzt Dr. Ubbo Decker, FD 553  
Stadtamtmann Reno Wolff  
Sozialplaner Josef Engels  
Frauenbeauftragte Okka Fekken  
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

#### **Gäste**

Herr Gerhard Discus, ARGE  
Herr Friedrich Weber, ARGE  
5 Zuschauer  
2 Vertreter der örtlichen Presse

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Ammersken** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Anwesenden und ganz besonders Herrn Discus und Herrn Weber, die seitens der ARGE einen Tätigkeitsbericht geben werden.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Ammersken** bittet darum, die Tagesordnungspunkte 5 bis 7 zusammenzufassen, da sie inhaltlich weitestgehend identisch seien.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2005

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.03.2005 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es liegen keine Fragen vor.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/1725-00  
Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS – in Emden

**Herr Dr. Decker** trägt vor, bei allen drei Tagesordnungspunkten gehe es um Leistungsvereinbarungen. Hierbei würden Aufgaben im Bereich der Sucht- und Suchtprävention und der Familienberatung auf Organisationen der freien Wohlfahrtspflege übertragen werden. Die Leistungsvereinbarungen würden die von diesen Trägern zu erbringenden Leistungen beschreiben und in der Regel über drei Jahre gelten. Es seien in keinem Bereich Kürzungen vorgenommen worden. Er betont, die aus seiner Sicht qualitativ hochwertigen Verhandlungen mit den Vereinen und Verbänden seien sehr fair und konstruktiv verlaufen, so dass man zu einem guten Ergebnis gekommen sei.

**Herr Dr. Voges** stimmt ihm hinsichtlich der Verhandlungen grundsätzlich zu. Er führt weiter aus, die Aussage, dass keine Kürzungen vorgenommen worden seien, stimme nur insoweit, dass die Summe gleichgeblieben sei. Aufgrund der Inflation hätten die freien Träger aber trotzdem ein Risiko zu tragen. Er macht deutlich, nach Ablauf der drei Jahre sei eine Verlängerung zu den gleichen Bedingungen für ihn nicht akzeptabel.

**Herr R. Bolinius** erklärt, seine Fraktion würde diese geschlossenen Leistungsvereinbarungen sehr begrüßen.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und –abhängige Menschen e.V. über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS - wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 6** Vorlage 14/1737-00  
Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention in Emden

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem ev.-luth. Kirchenkreis Emden über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 7** Vorlage 14/1738-00  
Leistungsvereinbarung über den Betrieb der pro familia Beratungsstelle Emden

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und der pro familia, Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung, Sexualpädagogik und Familienplanung, wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 8** Vorlage 14/1748-00  
Demographischer Wandel und seine Bedeutung für die Stadt Emden

**Frau Tempel** führt aus, der demographische Wandel werde nicht nur in der letzten Zeit häufig diskutiert, es sei auch ein Thema, welches u. a. auf viele Bereiche der Kommunen große Auswirkungen haben könnte. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung überlegt, den Mitgliedern dieses Ausschusses die Entwicklung in Emden aufgrund der Datenlage, die von Herrn Engels ermittelt worden sei, vorzustellen. Aufgrund des demographischen Wandels würden sich besonders für die kommunale Sozialpolitik unterschiedliche Handlungsfelder ergeben, um für die immer älter werdende Generation die notwendigen Angebote und Versorgungsstrukturen vorhalten zu können.

**Herr Engels** erläutert anhand eines Folienvortrages die Mitteilungsvorlage.

**Herr Dr. Decker** stellt zwei Aspekte aus seiner Sicht heraus. Zum einen würden die Arbeitnehmer älter werden, so das die Firmenstruktur auch überaltere. Darauf müssten sich die Unternehmen einstellen. Die jetzt zum Teil üblichen Berentungszeiten könnten nicht mehr gehalten werden. Dadurch sei man auf ältere Arbeitnehmer angewiesen, die motiviert sein und die körperlichen Arbeiten auch noch schaffen können müssten. Es gäbe bereits Unternehmen, die überlegten, wie man es verhindern könne, dass die Mitarbeiter in ca. 15 Jahren auch gesundheitlich ihre Arbeit noch schaffen könnten.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

Zum anderen werde diese Bevölkerungsschicht auch eine wichtige große Kundengruppe und somit auch ein immer stärkerer Wirtschaftsfaktor sein. So müsse sich eine Stadt auf dieses Thema frühzeitig einstellen und besondere Wohnungsangebote für ältere Menschen schaffen. Es gäbe eine Menge Möglichkeiten, so dass man dieses auch zusätzlich als eine Chance sehen könne.

**Herr Buisker** stellt fest, dass der demographische Wandel ein europäisches Problem sei und eigentlich aus zwei komplett unterschiedlichen Sachen bestehe. Einerseits würden die Menschen immer älter werden und andererseits würden immer weniger Kinder geboren.

**Herr Engels** antwortet, es handele sich nicht nur um ein europäisches Problem, sondern um ein Weltproblem, weil auch auf anderen Erdteilen der Erfolg des Rückgangs der Säuglingssterblichkeit und die hohe Lebenserwartung sichtbar würden.

Er führt weiter aus, natürlich werde es durch den Geburtenrückgang im Laufe der Zeit auch weniger ältere Menschen geben. Doch darauf dürfe und könne man nicht warten.

**Herr Buisker** ist der Ansicht, die Arbeitslosigkeit werde langfristig sinken, weil die jungen Leute fehlen würden. Dadurch ergäben sich neue Voraussetzungen für die Familien.

**Herr Engels** gibt zu bedenken, jeder habe schon einmal gelesen, dass die Bevölkerung aussterbe. Er habe in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Vortrag gehalten, in dem die Gründe der Einstellung der Leute zu ihrem eigenen Leben deutlich gemacht worden seien. Es gäbe weitaus andere Schwerpunkte, die die Menschen verfolgten, als den Schwerpunkt Kinder zu bekommen. Das liege also zwangsläufig nicht daran, dass eine Stadt familienunfreundlich sei, sondern an der Mentalität der Leute. Diese Denkweise müsse verändert werden.

**Herr Ammersken** regt an, aus diesem Ausschuss heraus gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss einen Arbeitskreis zu bilden, der sich fortlaufend mit den von Herrn Engels dargestellten Handlungsfeldern beschäftige.

**Herr Dr. Voges** empfiehlt, auch die Vertreter einer nicht städtischen Organisation zu beteiligen, damit eine Vernetzung stattfinde.

**Herr Sprengelmeyer** stimmt dem zu. Ihm wäre es aber lieber, die Verwaltung werde aufgefordert, eine Ratsvorlage zu fertigen, da alle Bereiche betroffen seien. Man müsste überlegen, welche Struktur sinnvoll und angebracht wäre.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung im Ausschuss.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 9** Vorlage 14/1739-00  
Umsetzung des SGB II durch die ARGE Emden - Tätigkeitsbericht und Vortrag durch die Geschäftsführung -

**Herr Discus** erläutert anhand eines Folienvortrages die Tätigkeiten der letzten fünf Monate in der ARGE Emden und legt die Problematik in den einzelnen Bereichen dar.

**Herr Weber** ergänzt diese Ausführungen um den Bereich Markt und Integration.

**Herr Ammersken** bedankt sich für die Vorträge und bittet um Wortmeldungen.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

**Frau Fekken** moniert, es sei nicht möglich, die ARGE telefonisch zu erreichen. Bei der in der Presse angegebene 0180-er Nummer sei sie an unterschiedenen Tagen und Tageszeiten damit abgefertigt worden, dass alle Leitungen besetzt seien und sie sich später wieder melden solle. Ferner fragt sie an, ob es eine Möglichkeit gäbe, Informationen generell einzuholen.

**Herr Discus** entgegnet, es sei im Moment leider so, dass es bei der telefonischen Erreichbarkeit zu Problemen kommen würde. Aufgrund der Belastungen in der Vergangenheit seien die Telefonate nunmehr auf ein Callcenter umgelegt worden, welches in Bremerhaven ansässig sei. Dieses Callcenter bestehe aus bewährten Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung, die im ALG II-Recht ausgebildet seien, so dass sehr viele allgemeine Fragen gleich beantwortet werden könnten. Speziellere Fragen würden per E-Mail an die ARGE geschickt. Dieses Postfach werde jeden Tag geöffnet und an den zuständigen Sachbearbeiter weitergegeben.

Informationen über SGB II würden unter den üblichen Rufnummern bei der Arbeitsverwaltung und auch im Internet erteilt. Außerdem gäbe es eine Broschüre, die für den Normalbürger ideal sei.

**Frau Fekken** betont, sie habe ihre Frage erst gar nicht stellen können. So werde es anderen auch gehen. Sie vermute, dass das Callcenter überlastet sei und den Ansturm nicht bewältigen könne.

**Herr Discus** stellt heraus, das Callcenter wäre für die ARGE im Moment einfach von Vorteil, weil man dadurch in der Lage sei, die konkret anstehenden Angelegenheiten schneller zu bewältigen. Ein Teil der Rückfragen erledige sich dann automatisch, da die Anrufer eine Antwort bekämen. Die ARGE habe diese Möglichkeit genutzt, werde sie im Monat Juni testen und dann entscheiden, was zu tun sei.

**Frau L. Meyer** bedankt sich für den Tätigkeitsbericht. Sie könne die Inhalte im SGB II noch äußerst schwer nachvollziehen. Sie fragt an, ob die zusätzlichen 7,5 Personen neu eingestellt oder umgesetzt würden. Außerdem bittet sie um Auskunft, wie es mit dem Kindergeld geregelt werde.

**Herr Discus** antwortet, die zusätzlichen 7,5 Stellen seien zunächst einmal unter Berücksichtigung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und des Budgets kalkuliert worden. Diese Stellen sollen stadintern ausgeschrieben werden. Die Arbeitsagentur sei jedoch auch inzwischen ermächtigt worden, Personen einzustellen. Die ersten Bewerbungsgespräche hätten bereits stattgefunden.

Er teilt weiter mit, genau wie früher in der Sozialhilfe sei das Kindergeld eine anrechnungspflichtige Einnahme.

**Herr Haarmeyer** erkundigt sich, wo der Antrag beschieden würde und wie lange dieses dauern würde. Er halte außerdem es für sinnvoll, für evtl. Nachfragen eine Info-Telefonnummer direkt in Emden zur Verfügung zu stellen.

**Herr Discus** entgegnet, die Bearbeitung und Bescheidung der Anträge erfolge in der ARGE Emden. Nach Eingabe in das entsprechende Datenverarbeitungsprogramm würden die Bescheide von Nürnberg aus verschickt. Diese Bescheide seien an die Zahlungsrhythmen gekoppelt. Da sich u. a. in der Bearbeitung oft noch ein Klärungsbedarf durch den Sachbearbeiter ergäbe, lasse sich die Frist nicht vorhersagen. Vieles müsse sich noch einspielen. So müsse auch die telefonische Erreichbarkeit verbessert werden. Die Telefonnummern der Mitarbeiter von Markt und Integration seien kürzlich auf der Homepage der Stadt Emden veröffentlicht worden.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

Die Frage von **Herrn Haarmeyer**, ob bei einer längeren Bearbeitungszeit auch eine Teilauszahlung möglich sei, wird von **Herrn Discus** bejaht.

**Frau Schmidt** möchte wissen, ob dieses E-Mail-Fach ständig eingesehen werde und öffentlich erreichbar sei.

**Herr Discus** führt aus, in den jetzt herausgehenden Bescheiden erscheine die E-Mail-Adresse ARGE-Emden@arbeitsagentur.de.

**Herr Davids** bittet um Auskunft, welche Arbeiten sich hinter den 1-€-Jobs verbergen würden und wie die sonstigen Abmeldungen aufzuschlüsseln seien.

**Herr Weber** erklärt, zu den sonstigen Abmeldungen käme es überwiegend durch einen Schulbesuch, denn die Erwerbsfähigkeit nach dem SGB II beginne mit der Vollendung des 15. Lebensjahres.

Die Palette der Einsatzmöglichkeiten der 1-€-Kräfte, die durch die AAGE koordiniert werde, sei vielfältig, so z. B. in Schulen, Kindergärten, in der a Lasco Bibliothek, Radio Ostfriesland, BEE und Altenheimen.

**Herr Buisker** stellt heraus, es müsse Sinn und Zweck sein, in Zukunft die Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Noch sei dieses nicht so.

**Herr Weber** ergänzt, den ARGEN mache die vom Gesetzgeber gewählte recht kurze Bewilligungsdauer von nur sechs Monaten im Bereich der Leistungsgewährung besonders zu schaffen. Dieses sei vor dem Hintergrund implementiert worden, dass sich innerhalb von sechs Monaten noch sehr viel ändere. Es werde aber davon ausgegangen, dass diese Frist zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf zwölf Monate verlängert werde.

**Frau Fekken** fragt an, wie sich der Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II gestalte.

**Herr Weber** führt aus, in dem Bescheid vom Arbeitslosengeld I werde natürlich das Enddatum der Bewilligung angegeben. Auch werde im diesem Bescheid darauf hingewiesen, dass rechtzeitig die Leistungen nach dem SGB II zu beantragen seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Frau Tempel** teilt mit, aufgrund der Beschwerden in Bezug auf die Verhältnisse in der Gemeinschaftsunterkunft „Larrelter Batterie“ seien in einem gemeinsamen Gespräch mit der Amnesty International Gruppe in Emden und der Verwaltung die gegenseitigen Standpunkte ausgetauscht worden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, in einer mehrmonatigen Erprobungsphase eine dezentrale Unterbringung der abgelehnten Asylbewerber vorzunehmen. Andere Kommunen würden mittlerweile aus Kostengesichtspunkten von einer zentralen Unterbringung absehen. Die Stadt Emden werde versuchen, mit Unterstützung der Gewoba eine Wohnung anzumieten, über einen gewissen Zeitraum die Situation beobachten und anschließend über die Entwicklung berichten.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2005**

---

### **Punkt : 11** Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Ein Sachstandsbericht liegt nicht vor.

### **Punkt : 12** Anfragen

**Frau L. Meyer** moniert, dass die Zuschussanträge für die Begegnungsstätte und die Altenhilfe sehr schwierig auszufüllen seien. Weiter stellt sie die Frage, wann das Mammomobil käme. Abschließend erkundigt sie sich, wie es mit der Impffreudigkeit in Emden aussehen würde.

**Herr Grix** schlägt vor, die Antragsform zu ändern, um auch den Vereinen die Arbeit etwas zu vereinfachen

**Herr Dr. Decker** bietet Frau Meyer an, gemeinsam mit ihm den Antrag auszufüllen. Dann würden die Schwierigkeiten sichtbar und man könne den Antrag für die Zukunft ggf. vereinfachen.

Weiter berichtet Herr Dr. Decker, das neue Mammomobil werde voraussichtlich Emden als erste Station zum Ende des Jahres aufsuchen. Bezüglich der Durchimpfungsrate entgegnet er, dass die Stadt Emden in einem Landesvergleich schlecht abschneide. Es werde u. a. in gemeinsamen Besprechungen mit den Kinderärzten versucht, die Situation zu verbessern. Das Ergebnis sei jedoch aus seiner Sicht nicht befriedigend.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.